

Die Berner Stadtpräsidentenwahl vor dreissig Jahren : Ernst Bärtschi gegen Robert Grimm

Autor(en): **Maurer, Rudolf**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **47 (1967-1968)**

Heft 2

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-161983>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Berner Stadtpräsidentenwahl vor dreissig Jahren

Ernst Bärtschi gegen Robert Grimm

RUDOLF MAURER

Frieden oder Krieg?

Nichts könnte die gespannte Atmosphäre jenes Frühsommers 1937 besser kennzeichnen als die Gleichzeitigkeit der Aktion «Bern in Blumen» mit einer großen Verdunkelungsübung. Bemühungen um das Edle und Schöne erfolgten damals vor dem Hintergrund einer aufgewühlten Zeit: In Spanien wütete der Bürgerkrieg, die Sowjetunion schreckte die Welt durch Bluturteile gegen ihre Generäle, und die Gefährlichkeit und Unmenschlichkeit des nationalsozialistischen Deutschland, damals vorübergehend etwas verhüllt, blieben in der eben anlaufenden Haßkampagne gegen die katholische Kirche deutlich.

In der Schweiz selbst war das Leben nicht leicht. Die Folgen der Weltwirtschaftskrise hatten auch bei uns zu großer Arbeitslosigkeit geführt. Bis zur Abwertung des Schweizerfrankens im September 1936 versuchte die offizielle Wirtschaftspolitik der Krise mit deflationären Maßnahmen zu begegnen, was oft unter Umgehung des Referendums mit dringlichen Bundesbeschlüssen geschah. Dies alles hatte auf der Linken viel böses Blut geschaffen. Doch angesichts der internationalen Lage war das Bemühen um ein Zusammenrücken der «Roten» (die sich Anfang 1935 zur Anerkennung der Landesverteidigung durchgerungen hatten) und der «Bürgerlichen» allgemein.

Zwei Versuche waren dabei trotz ihrer Erfolglosigkeit wegweisend. Ende 1936 gründeten Gewerkschafter, Bauernpolitiker und Freiwirtschaftler die «Richtlinien»bewegung, die das politische Leben nach den Grundsätzen der Landesverteidigung, der Toleranz, der Demokratie und des wirtschaftlichen Wiederaufbaus zu erneuern versuchte. Im Mai des folgenden Jahres rief Walter Stucki, damals freisinniger Nationalrat, die aufbauwilligen Kreise zur «Sammlung auf die Mitte» auf¹.

Wenden wir uns nun aber von diesen allgemein politischen Tatsachen den davon maßgebend beeinflussten stadtbernischen Ereignissen zu.

Die Demission Hermann Lindts

Am 14. Mai 1937 gab Hermann Lindt dem Gemeinderat seinen Rücktritt aus Gesundheitsrücksichten bekannt. Der damals 65-jährige hatte zuerst als Konservativer, dann als Vertreter der Bürgerpartei, während 28 Jahren dem Gemeinderat angehört; seit 1920 war er zudem als Nachfolger des Sozialdemokraten Gustav Müller Stadtpräsident gewesen. Dem Lob nach zu schließen, das der Scheidende in der Presse fand — selbst in der «Berner Tagwacht» hieß man ihn «außerordentlich lebenswürdig» —, würde er nicht leicht zu ersetzen sein².

Eine erste Kontroverse entstand wegen des Datums der Ersatzwahl. Mit Stichentscheid des Vizepräsidenten Grimm setzte sie der Gemeinderat am 2. Juni auf den 4. und 5. Juli 1937 fest. Weshalb diese Eile? Die «Tagwacht» wies auf die Notwendigkeit hin, das Interregnum möglichst rasch zu beenden, doch dürfte bei dem Entscheid die Aussicht auf eine (angeblich für die Linke günstige) kleinere Stimmbeteiligung in der Ferienzeit mitgespielt haben³.

«Kuhhandel» oder Doppelpersatzwahl?

Hermann Lindt war als Stadtpräsident, aber auch als Gemeinderat zu ersetzen. Am 5. Juni 1933 trafen deshalb die Präsidenten der freisinnigen und der Bürgerpartei mit ihrem sozialdemokratischen Kollegen zusammen. Diese Begegnung wurde auf dem Höhepunkt des Wahlkampfes mit Enthüllungen und Gegenerklärungen zur Sensation hochgespielt; dennoch — oder gerade deshalb — wurde der Inhalt des Gespräches nie ganz klar bekanntgegeben. Immerhin war es offensichtlich, daß die Bürgerlichen über ein Nachrücken Robert Grimms, des Vizepräsidenten des Gemeinderates, mit sich reden lassen wollten, wenn die Sozialdemokratie den Anspruch der Bürgerpartei auf den freigewordenen Gemeinderatssitz anerkannt hätte. Doch diese Fühlungnahme blieb ohne Folgen, denn Grimm, so wußte der «Bund» zu berichten, wollte das Stadtpräsidentenamt nur in einem mehrheitlich sozialdemokratischen Gemeinderat übernehmen⁴.

Konnte es die Linke wagen, diese Mehrheit (die sie 1918—1920 vorübergehend besessen hatte) zurückzugewinnen? Dagegen sprachen die mißlungenen Versuche der Jahre 1932 und 1935 —, dafür aber ihre Stärke im Stadtparlament (39 von 80 Sitzen), eine Stärke, die durch den Zuzug der Freiwirt-

schafter und der Jungbauern im Zeichen der «Richtlinienbewegung» zur sicheren Mehrheit zu werden versprach. War eine entsprechende «Hauptprobe» nicht erfolgreich verlaufen in den Amtsstatthalterwahlen des Amtes Aarberg vom Mai 1937, als der «Richtlinien»kandidat denjenigen der BGB, Hans Gnägi (den Sohn Gottfried Gnägis), zu schlagen vermocht hatte⁵?

Die Stadtpräsidentschafts- und Gemeinderatskandidaten

«Ohne Diskussion, einstimmig und mit Akklamation» bezeichnete eine sozialdemokratische Parteiversammlung am 18. Juni 1937 Robert Grimm als ihren Kandidaten. An eine Konkurrenzierung Grimms durch dessen zwei Parteikollegen im Gemeinderat, die erst 1933 bzw. 1935 gewählten Eduard Freimüller und Ernst Reinhard, hatte natürlich niemand gedacht⁶.

Anders lagen die Verhältnisse bei der Gegenseite. Freilich war dort die Auffassung allgemein, daß für das Amt nach dem Vertreter der Bürgerpartei nun ein solcher der Freisinnigen «an die Reihe» kommen sollte. Damit war der Fürsorgedirektor Otto Steiger (der spätere Stadtpräsident) ausgeschaltet; die Freisinnige Partei aber blieb «in der glücklichen Lage», zwei gleich gut qualifizierte Anwärter zu besitzen: den seit 1920 amtierenden Finanzdirektor Fritz Raaflaub und Ernst Bärtschi, der seit 1927 der Schuldirektion vorstand. Obwohl an der Parteiversammlung vom 15. Juni 1937 Stimmen für den amtsälteren Raaflaub laut geworden waren, entschied sich diese doch für die Kandidatur Bärtschis, da diese «nach den Erfahrungen der Wahlgänge in den letzten Jahren im Volke einen größern Nachhall» zu finden versprach. Die «Tagwacht» versäumte es nicht, für den so «brüsk» übergangenen Finanzdirektor Krokodilstränen zu vergießen; für den Wahlkampf lieferte ihr Raaflaub indessen mit seiner Sparpolitik willkommenen Stoff zu Attacken⁷.

Ähnlich ungleich war auf den beiden Seiten die Situation in der Kandidatenfrage für den Gemeinderatssitz. Die erwähnte sozialdemokratische Wahlversammlung hatte zugleich mit der Kandidatur Grimms diejenige Fritz Schmidlins aufgestellt, der schon zwei Jahre zuvor erfolgloser Sprengkandidat der Linken gewesen war.

Die Bürgerpartei mußte, nachdem Stadtschreiber Markwalder eine Kandidatur ausgeschlagen hatte, zwischen Baumeister Kästli und Architekt Hubacher entscheiden. Schließlich wurde der letztere nominiert, angeblich, wie die «Tagwacht» zu berichten wußte, dank dem Aufmarsch der Vertreter der Sport-, Turn- und Militärorganisationen für den Turner und Sappeur-Offizier Hubacher⁸.

In der mit dem Kampf um die Stadtpräsidentschaft gleichlaufenden Gemeinderatsersatzwahl geriet Hans Hubacher ins Kreuzfeuer gehässiger

persönlicher Angriffe: Seine Fachkenntnisse wurden bekrittelt, Arbeitsvergebungen nach auswärts zum Skandal aufgebauscht und selbst der — damals, im Jahre der Abstimmung über die Initiative Fonjallaz, aktuelle — Freimaurerschreck gegen ihn mobilisiert⁹.

Um Fritz Schmidlin war es wesentlich stiller, so daß er Ende Juni noch Zeit fand, in Buchs eine mit «rauschendem Beifall» aufgenommene Rede zur «Richtlinien»politik zu halten. Die «Tagwacht» pries ihn als «begeisterten Freund des Sports und Vertrauensmann der kaufmännischen Angestellten» an; der «Bund» kritisierte an ihm die dominierende «agitatorische und taktische Schulung» und relativierte auch die Rolle des «roten Sekretärs» bei der Gründung der Stafettenläufe «Quer durch Bern»¹⁰.

«Schulmeister» und «Streikgeneral»

Trotz einer Erklärung der «Tagwacht» (in der gleichen Nummer, die ein weiteres Mal Hans Hubacher verunglimpfte . . .), auf persönliche Angriffe unter Voraussetzung des Gegenrechtes zu verzichten, machten diese einen großen Teil des Kampfes aus.

Darunter litt der bürgerliche Kandidat Ernst Bärtschi weniger. Versuchte auch die «Tagwacht», gegen ihn «schulmeister»feindliche Ressentiments zu mobilisieren und — gleich wie schon zehn Jahre zuvor — eine Besprechung schulreformerischer Schriften durch ihn als Plagiat hinzustellen, so focht dies den früheren Rektor am Städtischen Gymnasium kaum an. Zahlreich waren nämlich seine Anhänger: Der Handwerker- und Gewerbeverband versicherte in einer Zuschrift an den «Bund», Bärtschi sei «in Gewerbekreisen bestens bekannt», und im gleichen Blatt rühmte ein Leser dessen «unablässige Arbeit an sich selber», die ihn «auf eine geistige Höhe, die ein weites Blickfeld vermittelt», gehoben habe.

Robert Grimms Persönlichkeit aber bot weit mehr Angriffsflächen — angefangen bei seiner revolutionären Vergangenheit. Im «Bund» erinnerte man sich daran, daß seinetwegen der «hochbegabte und allverehrte» Bundesrat Hoffmann 1917 gestrauchelt war, und die gleiche Zeitung führte ihren Lesern Ausschnitte aus frühern Schriften Grimms vor Augen, wo man — *horribile visu* — auf Formulierungen wie «Perioden, die zur revolutionären Tat drängen» und «Eroberung der Macht» stieß. Untadelig freilich schien Grimms Amtsführung der «Industriellen Betriebe» (und die «Tagwacht» wies dabei selbstverständlich auch auf die dortige erfreuliche Finanzlage hin); doch er hatte sich noch andere Aufgaben zugewiesen. Ganz am Schluß des Wahlkampfes ließ Ernst Schürch im «Bund» mit den Hinweisen auf Grimms «Ämterkumulation» eine scharfe Mine springen. Einem verwundeten Löwen gleich replizierte dieser: Hatte er es verdient, «durch alle

Dreckgassen geschleift» zu werden? An der «Tagwacht» schreibe er stets ohne Honorar, die Arbeitsbelastung durch seine Verbindung mit der Konsumgenossenschaft gehe zurück, und im übrigen habe er lukrative Angebote aus kapitalistischen Kreisen immer wieder zurückgewiesen¹².

Städtebau und Sport

Wenden wir uns den «sachlichen» Wahlkampfangementen zu. Formalpolitisches — das Nachrücken des Vizepräsidenten und der durch die Zahlenverhältnisse im Stadtrat gestützte Anspruch auf eine proporzmäßige Vertretung in der Exekutive — tauchten selten auf¹³. Dagegen suchten beide Seiten, lokale Leistungen auf ihr Konto zu buchen. Finanzdirektor Raaflaub verwies auf die «gewaltigen Werke» der bürgerlich geführten Verwaltung; man gedachte der Umgestaltung des Kasinoplatzes (die die «Tagwacht» freilich eine Verschandelung des Stadtbildes nannte), der Organisation von «Bern in Blumen» (dessen Initiative aber auch der Sozialdemokrat Reinhard für sich in Anspruch nahm), der «stolzen Schul- und Turnhallebauten»¹⁴.

Damit war die Diskussion beim Sport angelangt. Es trug nichts ab, daß der «Bund» darauf verwies, dank der «Rednergabe und dem taktischen Geschick» Bärtschis sei das Eidgenössische Turnfest 1940 für Bern gesichert worden: Die Sozialdemokraten hieben scharf in die Kerbe — es war ja noch die Zeit der parteipolitisch gebundenen SATUS-Organisation — und schrieben von der Freizeit und dem rechten Lohn als Voraussetzungen für allen Sport. Vom Sport zur Jugend: die Linke nahm auch für sich in Anspruch, für die Jugend zu sprechen und rief diese auf — «Jugend heraus!» —, für ihren 59 Jahre alten Kandidaten Grimm zu stimmen¹⁵.

Gott und Vaterland

Die Kontroverse glitt eben stets ins allgemein Politische, und dabei erinnerte sich die bürgerliche Seite der marxistischen Vergangenheit der Linken. In einer Einsendung an den «Bund» meinte ein evangelischer Wähler, den sozialdemokratischen Kandidaten, welche die Religion höchstens als Privatsache tolerierten, seien diejenigen des «immerhin mit dem Christlichen noch verwurzelten Bürgertums» vorzuziehen.

Öfters, nicht nur in den Angriffen auf Grimms Person, gedachte man des frühern Antimilitarismus und Internationalismus der Sozialdemokraten. Der BGB-Ständerat Weber hatte, wie die «Tagwacht» erbot meldete, an einer Tagung des Obsthändlerverbandes vor dem Kavalleriedenkmal auf

der «Lueg» gemahnt, dem Streikgeneral von 1918 die Stimme zu verweigern, und im «Bund» wurden die Vorkommnisse an der Einweihungsfeier für die Lorrainebrücke 1930 aufgewärmt, als die Vertreter der Linken beim Abspielen der Landeshymne sitzen geblieben waren ...¹⁶.

Finanzielles

Bei jedem Kampf um die politischen Behörden der Bundesstadt hatten die städtischen Finanzen ihre Rolle gespielt, und auch 1937 war dies nicht anders. Gegen Ende des Wahlkampfes veröffentlichte die «Tagwacht» großaufgemacht und offensichtlich als Sensation gedacht die übliche interne Meinungsäußerung des freisinnigen Finanzdirektors zum Budget des folgenden Jahres. Dieser «Bericht Raaflaub», der dem Blatt in nicht eben korrekter Weise offenbar von einem sozialdemokratischen Gemeinderat zugespield worden war, und seine reichlich demagogische Kommentierung zeigten ein letztes Mal die divergierenden finanzpolitischen Ansichten der beiden Lager. Die Linke vertrat die «Befruchtung der Wirtschaft» und wurde von ihren Gegnern der Versuche maßlosen «Geldpumpens» und neuer, lähmender Steuererhebungen verdächtigt; die Bürgerlichen verfochten ein sparsames Haushalten, das die Gegenseite «nichtswürdige» Abbaupolitik nannte¹⁷.

Das finanzpolitische Terrain war für die bürgerliche Seite recht gefährlich, litten doch gerade in Bern zahlreiche Beamte unter dem Besoldungsabbau. In Zuschriften an die «Tagwacht» las man von der «bitterbösen» Stimmung der «Abgebauten», und «einer, der sich in den Etagen des Bundeshauses auskennt», warnte im gleichen Blatt vor der Wahl der bürgerlichen Kandidaten als einer Guttheißung der Abbaupolitik des Bundes¹⁸.

Ein Testfall der «Richtlinien»?

Es ist damit erneut angetönt: Die bernischen Wahlen sollten nach dem Willen weiter Linkskreise — in der «Tagwacht» machte sich etwa Max Weber in langen Artikelreihen zu deren Wortführer — zur gesamteidgenössischen Demonstration werden; sie sollten eine Kundgebung gegen den «Bürgerblock», gegen die «Dringlichkeitsdiktatur», gegen die «Abbaupolitik» und für das Aufbauprogramm der «Richtlinien»bewegung werden¹⁹.

Die Gegenseite — die Max Weber als «arm an Geist und ... feige» titulierte — trat aber auf das Programmatische der «Richtlinien» nicht ein. Einmal setzte sie die Bewegung kurzerhand mit einer Volksfront gleich,

und was davon zu halten wäre, darüber klärten doch die willkommenerweise gerade in jenen Tagen eintreffenden Nachrichten über die französische Finanzmisere die Schweizer zur Genüge auf. Vor allem aber wollte sie in der neuen Gruppierung eine bloße Verkleidung alter sozialistischer Machtansprüche sehen: «Zwei Jahrzehnte verbissenen Kampfes gegen lebenswichtige nationale Interessen . . ., zwei Jahrzehnte Verrat an der Demokratie durch das Bekenntnis zur Diktatur, derartige Belastungen wischt man in der Erinnerung und im Bewußtsein des Volkes nicht einfach weg durch eine Programmrevision, und wäre sie auch verschleiert mit verschwommenen <Richtlinien> . . .»

Dies schrieb Nationalrat Feldmann, der damalige Chefredaktor der «Neuen Berner Zeitung». Die «Tagwacht» Redaktor Vogels verschmähte es hierauf nicht, ihn als «einen der niederträchtigsten Demagogen» zu bezeichnen und druckte freudig einen Artikel des «Jungbauern» ab, in welchem Hans Müller, haßerfüllt, seinen frühern Parteifreund Feldmann der Grundsatzlosigkeit zieh²⁰.

Hilfstruppen — Propaganda

Diese Kontroverse beleuchtete die Leidenschaftlichkeit, mit welcher in diesem Wahlkampf trotz seiner relativen Kürze schließlich gefochten wurde. Keine Gruppe konnte sich der Entscheidung für den einen oder den andern Kandidaten entziehen. Grimm und Schmidlin fanden die Unterstützung der «Richtlinien»partner, der Jungbauern und der Freiwirtschaftler. Für Bärtschi und Hubacher setzten sich neben deren Parteien die Evangelische Volkspartei und — zur besonders großen Wut der «Tagwacht» — der Landesring Duttweilers ein²¹.

Beide Seiten arbeiteten dabei mit größtem publizistischem Aufwand. Neben Broschüren flatterten an drei aufeinanderfolgenden Tagen in je 40000 Exemplaren das «Berner Tagblatt» (die «Nägeligaß-Tante», wie die «Tagwacht» es benannte), die «Neue Berner Zeitung» (das «Gnägi-Blatt») und der «Bund» in alle Haushaltungen. Die Sozialdemokraten blieben natürlich nicht zurück und taten sich überdies mit Kundgebungen hervor: mit einer von der Arbeitermusik «Garibaldiana» verschönerten Volksversammlung auf dem Jolimontplatz und einem Demonstrationzug durch das Nordquartier mit Fahnen, Plakaten und Musik . . .

Der immer schärfere Ton der «Tagwacht» verriet indessen eine gewisse Nervosität, ja ein Umstellen auf die Defensive. Wie die bürgerliche Seite setzte auch sie zuletzt ihre Hoffnungen auf eine möglichst große Stimmbeteiligung: «Keine Fahrt ins Blaue gibt es», mahnte sie, «keine Vergnügungsreise, ohne daß für die Sache der <Richtlinien> gestimmt worden ist²².»

Resultat und Ausblick

Genau zwei Drittel der Stimmberechtigten gaben schließlich ihre Stimme ab. Ernst Bärtschi erhielt 13 176 — 2379 mehr als Robert Grimm — und wurde neuer Stadtpräsident; mit dem gleichen Stimmenverhältnis siegte Hans Hubacher über Fritz Schmidlin. Das Ergebnis war in seiner Eindeutigkeit überraschend.

Hochgemut traten die Freisinnigen noch am gleichen Sonntagabend, dem 5. Juli 1937, zu einer Wahlbesprechung zusammen. Stadtpräsident Bärtschi feierte dabei die Stärke des Bürgertums, kündigte die Fortsetzung der Zusammenarbeit, freilich künftig unter freisinniger Führung, an und sagte gleichzeitig dem «schrackenlosen Liberalismus» ab²³.

Am 16. Juli 1937 wurde das Friedensabkommen in der Metallindustrie abgeschlossen: Der Kampf in Bern wenige Wochen zuvor war also nur ein «Fieberrückfall» gewesen in einer Zeit ernsthafter und schließlich erfolgreicher Bemühungen um die Zusammenarbeit der verschiedenen Bevölkerungsschichten. Freilich gelang dies nicht den eingangs erwähnten Gruppierungen: Walter Stucki mußte den Mißerfolg seines Aufrufes einsehen und ging als Gesandter nach Paris; die «Richtlinien» zerfielen, wenigstens auf bernischem Boden, nicht zuletzt weil der eine Partner, die Jungbauern, ihr Herz für das nationalsozialistische Deutschland entdeckten.

Die Parteien selbst fanden sich zusammen. Unter zielbewußter Leitung Nationalrat Feldmanns wurde 1938 den beiden Sozialdemokraten Grimm und Möckli (denen acht Jahre später mit Fritz Giovanoli ein dritter folgen sollte) der Weg in den bernischen Regierungsrat geebnet.

So wurde aus Robert Grimm, dem Arbeiterknaben aus dem Zürcher Oberland, dem leidenschaftlichen marxistischen Kämpfer, ein beinahe bürgerlicher Magistrat: Er hatte sich in die schweizerischen Verhältnisse, über die er hinausgestrebt hatte, eingefügt — oder hatten diese den lange Widerstrebenden bezwungen?

In der Stadt Bern blieben Ernst Bärtschi und Hans Hubacher bis 1951 und 1959 in Amt und Würden, Seite an Seite mit Fritz Schmidlin, der nach seinem kampflosen Nachrücken auf den Gemeinderatssitz Robert Grimms bis 1961 den Industriellen Betrieben vorstand.

Noch hatte die Sozialdemokratie freilich die Erringung der Mehrheit in der städtischen Exekutive nicht abgeschrieben. Nach erfolglosen Versuchen 1943, 1947 und 1951 gelang ihr dies schließlich 1955. Das «rote Bern» hatte natürlich nichts mehr zu tun mit dem bürgerlichen Schreckgespenst der zwanziger und dreißiger Jahre und dauerte auch bloß sechs Jahre.

Literatur

Richard Feller, Alt Stadtpräsident Dr. Ernst Bärtschi (Artikel zum 75. Geburtstag, «Der Bund», 29. 7. 1957).

Robert Grimm, Revolutionär und Staatsmann (Texte; Würdigungen durch Parteifreunde), Zürich 1958.

Paul Schmid-Ammann, Richtlinienbewegung. Ihr Ziel und ihre Arbeit, Bern 1937.

Rudolf Maurer, Markus Feldmann (1897—1958). Werden und Aufstieg bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, Bern 1965 (dort weitere Literatur).

¹«Der Bund» (im folgenden abgekürzt: Bd) 29. 5. 1937. ²Bd 19. 5. 1937, «Berner Tagwacht» (im folgenden abgekürzt: Tw) 14. 5. 1937. ³Tw 18. 6. 1937, Bd 16. 6. 1937 a (a = Abendausgabe). ⁴Bd 28. 6. 1937 m (m = Morgenausgabe); Bd 11. 6. 1937 m. ⁵Tw 24. 5. 1937. ⁶Tw 19. 6. 1937. ⁷Bd 16. 6. 1937 a, Tw 16. 6. 1937, 26. 6. 1937. ⁸Tw 10. 6. 1937, 16. 6. 1937. — Zur Persönlichkeit F. Schmidlins vgl. «Berner Tagblatt» 29. 6. 1958 (Artikel zum 60. Geburtstag); zur Persönlichkeit H. Hubachers «Berner Tagblatt» 26. 8. 1956 (Artikel zum 60. Geburtstag). ⁹Tw 17. 6. 1937; Tw 23. 6. 1937, Bd 24. 6. 1937; Tw 28. 6. 1937, Bd 30. 6. 1937 a. ¹⁰Tw 28. 6. 1937, 29. 6. 1937; Bd 2. 7. 1937 m. ¹¹Tw 26. 6. 1937, 29. 6. 1937; Bd 28. 6. 1937, 29. 6. 1937. ¹²Bd 3. 7. 1937, 25. 6. 1937 m, Tw 28. 6. 1937; Bd 3. 7. 1937 m, Tw 2. 7. 1937. ¹³Tw 29. 6. 1937, 18. 6. 1937, Bd 24. 6. 1937 a. ¹⁴Bd 30. 6. 1937 a; Bd 25. 6. 1937 a; Tw 25. 6. 1937. ¹⁵Bd 2. 7. 1937 m; Tw 1. 7. 1937; Tw 2. 7. 1937. ¹⁶Bd 24. 6. 1937 m; Tw 1. 7. 1937; Bd 2. 7. 1937 m. ¹⁷Tw 2. 7. 1937; Bd 30. 6. 1937 a, 3. 7. 1937, 27. 6. 1937; Bd 30. 6. 1937 a, Tw 19. 6. 1937. ¹⁸Tw 30. 6. 1937. ¹⁹Tw 15. 6. 1937ff., 29. 6. 1937. ²⁰Tw 2. 7. 1937; Bd 17. 6. 1937 m; «Neue Berner Zeitung» 1. 7. 1937; Tw 28. 6. 1937. ²¹Tw 26. 6. 1937; Tw 28. 6. 1937, Bd 21. 6. 1937 m. ²²Tw 22./28. 6. 1937, 2. 7. 1937; Tw 30. 6. 1937, 3. 7. 1937; Bd 25. 6. 1937, Tw 30. 6. 1937. ²³Tw 5. 7. 1937, Bd 6. 7. 1937 a.